Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 20 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 24. Januar 1931

Kritische Tage.

Der saure Apfel. — Butter auf dem Kopf. — Politik und Geschäft.

Größere, schwerere Sorgen als jemals sonst hatte jetzt die deutsche Delegation in ihren Reisekoffern auf die Fahrt nach Genf mitgenommen. Man wußte — nicht bloß in Deutschland —, daß es an den Gestaden des Genfer Sees eine kritische Tagung „erster Ordnung" geben würde, um des seligen Wetterpropheten Falb astronomisch-klimatische Theorie einmal auch auf die politische Atmosphäre anzuwenden. Das Gepäck allerdings, das man für die „Europakonferenz" mitzunehmen hatte, konnte ja sehr leicht sein; denn zu deren Verhandlungen würde es, frei nach Schiller, zwar an „guten Reden" durchaus nicht fehlen, ohne daß deshalb auch an ein „munteres Fortschreiten" der Arbeit gedacht werden dürfte. Über formvollendete, natürlich einstimmig gefaßte Entschließungen unverbindlichster Art ist man denn auch nicht hinausgekommen und daher müssen die Agrarstaaten des europäischen Südostens ihre Sehnsucht nach erleichtertem Getreideabsatz im mittleren und westlichen Europa fürs erste noch ungestillt sehen. Diese „Arbeit" zu bewältigen, kostete in Genf zwar einige Tage, aber die waren doch nicht ganz so nutzlos verbracht, wie man es auf Grund ihrer mageren Ergebnisse meinen sollte: die englisch-französisch-polnische Front konnte es nicht verhindern, daß man schließlich doch in den sauren Apfel der Einladung Rußlands beißen mußte. Italien und Deutschland standen dabei nebeneinander, und dieses Zusammenstehen setzte sich auch noch fort bis in die Tagung des Völkerbundes selbst hinein, bei der Behandlung der ersten jener beiden Fragen nämlich, die eben die diesmalige Atmosphäre in Genf so eminent kritisch machen: also bei der Beratung der Abrüstungsfrage.

Diese Frage, bei der ebenso wie bei der Festsetzung des Termins für die Abrüstungskonferenz, bei dem Bericht der Kommission usw. vorerst die Entscheidungen noch ausstehen, „kriselt es sich allmählich herauf". Schnell und steil zum Gipfel aber stieg diese Krise bei den Auseinandersetzungen zwischen den Delegierten Deutschlands und Polens. Zwar ist es falsch, zu sagen: „Das Wort ist nichts", — es ist oft sogar sehr viel! — „die Tat alles", aber wenn wir das von der Reichsregierung verfolgte Ziel berücksichtigen, dann kommt es allerdings nur auf die Tat an. Auf den praktischen Erfolg für die deutsche Minderheit in Polen, den das deutsche Vorgehen in Genf herbeizuführen beabsichtigt. Bei den Forderungen des deutschen Außenministers liegt daher der Hauptton darauf, daß Garantien für die Zukunft geschaffen werden müssen. Drastisch genug ist wieder einmal bewiesen worden, wie reformbedürftig das gesamte internationale Schutzrecht für die Minderheiten ist; die häufigen und immer wiederholten Hinweise Dr. Stresemanns darauf blieben so gut wie erfolglos. Aber da haben eben alle, alle die Staaten rings an unseren Grenzen, unsere „lieben Nachbarn" also, insgesamt recht viel „Butter auf dem Kopfe". Auch Italien. Das hat aber natürlich mit den Revisionswünschen Deutschlands in bezug auf die Grenzziehung im Osten gar nichts zu tun, obwohl Polen alles tut, um die Abneigung der anderen gegen die „gräßlichen Minderheiten" — wenn man hier ein bekanntes politisches Wort aus den neunziger Jahren variieren darf — durch den Antwurf noch zu verstärken, das hinterhältige Deutschland vollführe den „Lärm" in Genf aus ganz anderen, „den Frieden Europas bedrohenden" Absichten heraus. Warschau betreibt damit eine Art Tintenfischpolitik, wobei allerdings die Vermutung nicht ganz von der Hand zu weisen ist, daß der Lieferant dieser „Tinte" in einer anderen, sehr viel weiter westlich gelegenen Hauptstadt Europas sitzt.

Und mitten in diese kritischen Tage „erster Ordnung" platzte nun auch noch der Sturz des französischen Kabinetts Steeg hinein, das ein allerdings an sich schon recht mühsames Leben von nur anderthalb Monaten hinter sich gebracht hat. Auch hier steht die große Weltagrarkrise im Hintergrunde, die schon bei den Beratungen des „Europakomitees" die Hauptrolle gespielt hatte; außerdem sprach man in Paris — man ist dort durch den Oustricskandal und seine Folgen sehr nervös geworden — wieder einmal von einer Verquickung von „Politik und Geschäft", diesmal beim Ackerbauminister, der die französischen Getreidezölle noch weiter erhöhen will. Sie sind — nebenbei bemerkt — fast dreimal so hoch wie in Deutschland, und Frankreich ist ein Land, dessen Bevölkerung noch heute zu mehr als der Hälfte in der Landwirtschaft tätig ist. Briand ist also zurzeit nicht Außenminister, da sein Kabinett zurückgetreten ist! Und mit Macdonald und seiner Regierung steht es auch recht kritisch; eine Niederlage mußte er schon hinnehmen und — er ist wieder einmal in die Zwangslage versetzt, ein Wahlversprechen einlösen zu müssen: die Aufhebung der 1926 gegen die Gewerkschaften gerichteten Gesetzgebung, die von dem Konservativen Baldwin anläßlich des großen Bergarbeiterstreiks durchgeführt worden war. Freilich wäre es für die Opposition im englischen Parlament, wo die Liberalen Lloyd Georges den Ausschlag geben müssen, durchaus keine „reine Freude", jetzt die Regierung übernehmen zu sollen. Denn Weltwirtschaftskrise hat für Englands Weltreich immer die größte und folgenschwerste Bedeutung gehabt, war und ist für die regierenden Männer in London immer eine besonders kritische Zeit.

Dr. Pr.

Sachsen braucht Arbeit

Der Reichskanzler verlangt Revision der Tributlasten

Die große Chemnitzer Tagung der sächsischen Industrie.

Unter dieser Divise rief der Verband Sächsischer Industrieller alle, die dazu berufen erschienen, am Wiederaufbau unseres schwer geprüften Vaterlandes mitzuarbeiten, zu einer außerordentlichen Versammlung zusammen. Denn die außergewöhnliche Zeit, in der wir leben, erfordert außergewöhnliche Maßnahmen. Dem Ruf waren etwa 3000 Industrielle aus Sachsen und dem Reich gefolgt. Die Reichsregierung war vertreten durch Reichskanzler Brüning und Staatssekretär Trendelenburg, die sächsische Regierung durch Ministerpräsident Schieck und Staatsminister Richter. Die Eröffnungsrede hielt der

Verbandsvorsitzende Direktor Wittke.

Er begründete es, daß die Jahreshauptversammlung jetzt schon und in Chemnitz stattfinde, weil hier und in der Umgebung die sächsische Industrie sich am geschossensten und charakteristischsten entwickelt hat, hier aber auch ihr hippokratisches Gesicht am deutlichsten zeigt. Die Tagung ist unter das Leitwort gestellt:

Sachsen braucht Arbeit!

Der Redner schilderte die Struktur des Industrielandes Sachsen, das mehr kleinere und mittlere als große Betriebsstätten habe. Kraft der Geschlossenheit, Eigenart und wirtschaftlichen Bedeutung des sächsischen Gewerbefleißes dürfe man mit Recht die Forderung aufstellen, daß die öffentlichen und privaten Faktoren im Reich der besonders gefährdeten Lage der sächsischen Wirtschaft Verständnis entgegenbringe. Redner warf die Frage auf: Haben wir alles getan, und tun wir jetzt endlich das, was wir aus eigenem tun können, um die deutsche Wirtschaft auf den Stand zu bringen, der der zweifellos großen Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes entspricht? Für die Vergangenheit ist dies scharf und rückhaltlos zu verneinen! Die seitherige Politik hat, wenn auch ungewollt, die Arbeitslosigkeit gefördert. Die Industrie begrüßt es, daß die Regierung Anfänge zur Umkehr getan hat. Die Reichsregierung hat in kritischer Zeit ein sehr schweres Amt übernommen und ein zusätzliches Maß von Verantwortlichkeit sich aufgebürdet. Wenn aber Wandel geschaffen werden soll, so kann es nicht durch die Besteuerung, sondern nur durch die Betätigung der Einsicht geschehen.

Der Verband der Industriellen denkt bei der Hilfe, die er von den maßgebenden Instanzen des Staates und der Wirtschaft aus Gründen des Gemeinwohles erwartet und erbittet, nicht an Subventionen, da dieses immer bedenkliche Mittel heute bestimmt nicht geeignet wäre, den nachhaltigen Antrieb, auf den allein es ankommt, zu bewirken. Uns frommen nur grundsätzliche Entschlüsse und tiefgreifende Maßnahmen von Dauer und Folgerichtigkeit.

Als nächster Redner sprach

Ministerpräsident Schieck.

Was auf dieser Tagung zum Ausdruck kommen soll — so führte er aus — das sind nicht die Klagen eines einzelnen Berufsstandes und nicht die Beschwernisse eines Interessenkreises — das ist

der Ruf eines Volkes in Not,

einer Bevölkerung, die ihre Leiden bisher mit bewunderungswürdiger Geduld ertragen hat. Sachsen ist auch eine Grenzmark des Reiches. Wir glauben darum, alle Rücksicht und alle Hilfe, die geleistet werden kann, für uns erbitten zu dürfen.

Es ist tiefschmerzlich, mit ansehen zu müssen, wie in Sachsen eine Betriebsstätte nach der anderen ihre Pforten schließen muß und wie dabei immer wieder neue Hunderte und Tausende fleißiger Hände und Köpfe ihre Arbeit verlieren.

In seltener Einmütigkeit hat kürzlich der Sächsische Landtag zu der Wirtschaftsnot des Landes Stellung genommen und dringend gebeten, nichts unversucht zu lassen, was einem weiteren Sterben der sächsischen Industrie Einhalt tun könne. Durch Opfer des Staates ist in besonderen Fällen verhütet worden, daß einzelne Betriebe geschlossen werden mußten. Solche Staatshilfe ist jedoch nur in beschränktem Umfang möglich.

Wir bitten aber die Reichsregierung darum, alles daran zu setzen, daß dem deutschen Volke die Lasten erleichtert werden, die es vor allen anderen Völkern zu tragen hat.

Wir haben weiter den Wunsch, daß auf die empfindlichen Interessen der sächsischen Wirtschaft in der Verkehrs- und Zollpolitik weitgehende Rücksicht genommen wird. Und endlich glauben wir einen Anspruch darauf zu haben,

daß das Reich seine Aufträge der sächsischen Wirtschaft mehr zukommen läßt, als es bisher leider der Fall war.

Wir sind der tiefernsten Überzeugung, daß, wenn nicht baldigst alles geschieht, was möglich ist,

binnen kurzem ein wirtschaftliches Trümmerfeld

sein wird, wo die Arbeit von Generationen blühendes Leben erweckt hatte.

Das Hauptreferat hielt

Ministerialdirektor Dr. Klien.

Bei seinem Bericht leiteten ihn zwei Gedanken, einmal darzulegen, warum die Lage in Sachsen sich so besonders schwierig gestaltet habe und sodann zu erörtern, was bisher geschehen sei und vor allem wie und warum im deutschen Interesse geholfen werden müsse. Heute leide die gesamte deutsche Wirtschaft unter den unmöglichen Kriegslasten und den Steuerlasten, die so hoch seien, daß, wenn nicht bald ein grundsätzlicher Wandel eintrete, die deutsche Wirtschaft niemals wieder

Vorkriegshöhe erreichen könne. Dazu treten die soziale Belastung, der Kapitalverlust, der Mangel an billigem und langfristigem Geld, die steigende Auslandskonkurrenz, die den deutschen Markt überflute und die Erschwerung der Ausfuhr nach dem Auslande. Sachsens Industrie sei aber mit ihren hochwertigen Erzeugnissen zu einem erheblichen Prozentsatz gerade auf das Ausland angewiesen.

Die einst blühende Wirtschaft Sachsens sei in ihren Grundfesten erschüttert. Die Arbeitslosigkeit sei in Sachsen um mehr als die Hälfte stärker als im Reichsdurchschnitt.

Ganz besonders ungünstig sei die Lage in den unmittelbar an die Tschechoslowakei angrenzenden Landesteilen. Handwerk und Einzelhandel sowie nicht zuletzt die Landwirtschaft seien im Grenzbezirk nahezu vollständig zugrundegerichtet. Die Hilfsaktion des Reiches für die sächsische Wirtschaft soll darin bestehen, Arbeit zu schaffen.

Es müsse daher verlangt werden, daß endlich die Aufträge, die die Reichsstellen zu vergeben haben, insbesondere Reichsbahn und Reichspost, der sächsischen Wirtschaft in einem ihrer Bedeutung entsprechenden Umfange zufließen.

Auch müsse für die sächsische Exportindustrie besondere Berücksichtigung bei den Handelsvertragsverhandlungen verlangt werden. Die beste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei Beseitigung des Young-Planes, Verminderung der Steuern und der sonstigen Lasten für die Wirtschaft.

Reichskanzler Dr. Brüning.

nahm hierauf das Wort: Gerade, wenn man acht Tage lang durch die Notgebiete Deutschlands gefahren ist, und die Not der Bevölkerung aller Schichten in Augenschein genommen hat, war es Pflicht für die Reichsregierung,

als nächstes Notstandsgebiet den Freistaat Sachsen zu besuchen.

Daß es eine Weltkrise von einem so großen Umfange gibt, wissen nicht nur wir, sondern alle Länder. Ich habe auf meiner Fahrt hierher die Übersetzung eines Telegramms Mussolinis erhalten, in dem dieser feststellt, daß die wirtschaftlichen Nöte überall die gleichen sind. Die Beseitigung ihrer Schwierigkeiten ist aber für Deutschland besonders schwer.

Es ist zu verlangen, daß die drückenden Tributlasten einer Revision unterzogen werden müssen.

In dieser Frage ist sich das ganze deutsche Volk glücklicherweise einmal einig. Es wäre falsch, etwa die Hände in den Schoß zu legen und alles Heil von der notwendigen Minderung der außenpolitischen Lasten zu erwarten. Ich erinnere daran,

daß es ein großer Fehler war, im Jahre 1928 finanziell ungerüstet an die Revision heranzugehen.

Im dem Tempo, in dem die wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen durchgeführt werden, werden wir auch freier und aktiver auftreten können. Wir haben es mit kühlen Rechnern auf der anderen Seite zu tun. Wir müssen auch darauf hinaus,

daß die Selbstkosten der Industrie weiter gesenkt werden,

damit wir den Anschluß an den Weltmarkt rechtzeitig erreichen. Das ist besonders für Sachsen wichtig, das ganz auf Ausfuhr eingerichtet ist. Uns fehlt der große Kassenbestand, um eine großzügige Senkung der steuerlichen Lasten in wenigen Monaten durchführen zu können. Es gilt, mit wenig Geld möglichst viel zu erreichen. Es sind zu viele Gesetze gemacht worden, deren finanzielle Auswirkungen nicht zu übersehen waren. Wenn es gelingt, den Vorstoß verschiedener Produktionsgruppen auf eine einzige Linie zu wirklichem Wiederaufbau zu bringen, dann wird auch der Weg freier im Sinne einer Außenpolitik, wie ich sie wiederholt gekennzeichnet habe.

Es gibt nur einen Weg, und zwar den Weg einer gewissen Härte, um zur Freiheit und aus unserer Not herauszukommen. Der Sieg der Wahrheit wird uns moralische Kraft zu eigenem Aufbau geben und dann wird es der Regierung möglich sein, unser Volk aus der schweren wirtschaftlichen Not zu einer besseren Zukunft zu verheißen.

Die Rede des Reichskanzlers wurde wiederholt durch Zwischenrufe und Beifall unterbrochen. Der Vorsitzende teilte im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers mit, daß dieser Gelegenheit nehmen werde, in Berlin mit den maßgebenden Stellen die Frage der Wirtschaftsnot in Sachsen weiter zu beraten.

Der Reichskanzler hat um 4 Uhr Chemnitz wieder verlassen und sich nach Berlin zurückbegeben. Da es bei der Ankunft des Reichskanzlers zu Kundgebungen gekommen war, war bei der Abfahrt ein großes Polizeiaufgebot anwesend. Auf dem Wege zum Bahnhof hatten sich wieder Demonstranten angesammelt, die „Nieder!" und „Hunger!" riefen.

An die Hauptreferate schlossen sich eine Anzahl von

Einzelreferaten

und Spezialberichten über die wichtigsten Ursachen der Not in Sachsen an. Sie wurden eingeleitet durch Ausführungen des Geheimrats Dr. von Loeben von der Direktion der Girozentrale Sachsen über das Thema „Die Kreditlage Sachsens und das Problem Sachsen-Berlin". Dann folgten Vorträge des Herrn Georg Stöhr, Leipzig, über die steuerliche Überbürdung der Industrie, Stadtrat Köhler, Limbach, über Lohnfragen und soziale Belastung, Robert Wagner, Chemnitz, über die frachtliche Ungunst Sachsens.

Nach diesen durch ein umfangreiches Zahlenmaterial und eindrucksvolle Einzelnachweise belegten Sonderberichten über die vier Hauptursachen der gegenwärtigen Notlage der sächsischen Industrie wurde von den Leitern großer Ortsgruppen des Verbandes diese Notlage

in den drei wichtigsten Bezirken Sachsens

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF